

Inhaltsverzeichnis

Die Autoren..... V  
Vorwort zur 3. Auflage ..... VII  
Bearbeiterübersicht.....VIII  
Abkürzungsverzeichnis.....XXXI

A. Abgabenordnung .....1  
I. Einführung, Grundlagen der Abgabenordnung .....1  
1. Begriffe .....1  
1.1 Aufbau von Rechtsnormen .....1  
1.2 Ermessen .....2  
1.2.1 Ermessensausübung .....2  
1.2.2 Ermessensfehler .....3  
1.2.2.1 Ermessensüberschreitung .....3  
1.2.2.2 Ermessensunterschreitung oder Ermessensnichtgebrauch .....3  
1.2.2.3 Ermessens Fehlgebrauch .....3  
1.2.2.4 Ermessensreduzierung auf Null.....3  
1.3 Subsumtionstechnik .....3  
1.4 Steuern .....4  
1.4.1 Geldleistung .....4  
1.4.2 Auferlegung durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen .....5  
1.4.3 Hoheitliche Auferlegung .....5  
1.4.4 Keine Gegenleistung .....5  
1.4.5 Erzielung von Einnahmen.....5  
1.4.6 Einteilung der Steuern .....5  
1.5 Steuerliche Nebenleistungen .....6  
1.6 Finanzbehörden, § 6 AO .....6  
1.7 Amtsträger, § 7 AO .....6  
1.8 Wohnsitz, § 8 AO, Gewöhnlicher Aufenthalt, § 9 AO. ....6  
1.9 Geschäftsleitung (§ 10 AO), Sitz (§ 11 AO) .....6  
1.10 Angehörige (§ 15 AO) .....7  
2. Zuständigkeiten der Finanzbehörden.....8  
2.1 Sachliche Zuständigkeit (§ 16 AO) .....8  
2.2 Örtliche Zuständigkeiten (§ 17 AO) .....9  
2.2.1 Gesonderte Feststellungen (§ 18 AO) .....10  
2.2.1.1 Zuständigkeit des Lagefinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 AO) .....10  
2.2.1.2 Zuständigkeit des Betriebsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 AO) .....11  
2.2.1.3 Zuständigkeit des Tätigkeitsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 AO) .....11  
2.2.1.4 Zuständigkeit des Verwaltungsfinanzamtes (§ 18 Abs. 1 Nr. 4 AO) .....12  
2.2.1.5 Sonderfälle (§ 18 Abs. 2 AO).....13  
2.2.2 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen (§ 19 AO) .....13  
2.2.3 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften,  
Personenvereinigungen, Vermögensmassen (§ 20 AO) .....14  
2.2.4 Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen (§ 20a AO) .....15  
2.2.5 Umsatzsteuer (§ 21 AO) .....15  
2.2.6 Realsteuern (§ 22 AO).....16

2.2.7	Zuständigkeit auf dem Festlandssockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone (§ 22a AO) . . . . .	17
2.2.8	Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchssteuern (§ 23 AO) . . . . .	17
2.2.9	Ersatzzuständigkeit (§ 24 AO) . . . . .	17
2.2.10	Mehrfache, örtliche Zuständigkeit (§ 25 AO) . . . . .	18
2.2.11	Zuständigkeitswechsel (§ 26 AO) . . . . .	18
2.2.12	Zuständigkeitsvereinbarung (§ 27 AO) . . . . .	19
2.2.13	Zuständigkeitsstreit (§ 28 AO) und Gefahr in Verzug (§ 29 AO) . . . . .	19
2.2.14	Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Dienstbehörde (§ 29a AO) . . . . .	20
2.2.15	Folgen bei Verletzung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit . . . . .	20
<b>3.</b>	<b>Steuergeheimnis . . . . .</b>	<b>20</b>
3.1	Verpflichtete Person . . . . .	21
3.1.1	Personen nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 AO i.V.m. § 11 Abs. 1 Nr. 4 StGB . . . . .	22
3.1.2	Übrige Personen nach § 30 Abs. 3 AO . . . . .	22
3.2	Gegenstand des Steuergeheimnisses . . . . .	22
3.2.1	Verhältnisse eines anderen . . . . .	22
3.2.1.1	Grundsatz . . . . .	22
3.2.1.2	Sonderfälle. . . . .	23
3.2.2	Betriebs- und Geschäftsgeheimnis . . . . .	24
3.3	Art des Bekanntwerdens . . . . .	24
3.3.1	§ 30 Abs. 2 Nr. 1a AO . . . . .	25
3.3.2	§ 30 Abs. 2 Nr. 1b AO . . . . .	26
3.3.3	§ 30 Abs. 2 Nr. 1c AO . . . . .	26
3.4	Verletzungshandlungen . . . . .	26
3.4.1	Offenbarung. . . . .	26
3.4.2	Verwerten . . . . .	27
3.5	Zulässige Offenbarung . . . . .	28
3.5.1	§ 30 Abs. 4 Nr. 1 AO . . . . .	28
3.5.2	§ 30 Abs. 4 Nr. 2 AO . . . . .	29
3.5.3	§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO . . . . .	29
3.5.4	§ 30 Abs. 4 Nr. 4 AO . . . . .	29
3.5.5	§ 30 Abs. 4 Nr. 5 AO . . . . .	30
3.5.5.1	Schwere Straftaten . . . . .	30
3.5.5.2	Wirtschaftsstraftaten. . . . .	30
3.5.5.3	Richtigstellung von in der Öffentlichkeit verbreiteter unwahrer Tatsachen . . . . .	31
3.5.5.4	Sonstige Fälle von zwingendem öffentlichem Interesse . . . . .	31
3.5.6	Vorsätzlich falsche Angaben . . . . .	31
3.6	Ermessen . . . . .	31
3.7	Datenabruf. . . . .	31
3.8	Folgen bei Verletzung des Steuergeheimnisses . . . . .	32
3.8.1	Strafrechtliche Folgen . . . . .	32
3.8.2	Disziplinarrechtliche Folgen . . . . .	32
3.8.3	Zivilrechtliche Folgen . . . . .	32

<b>II. Steuerschuldrecht</b>	<b>33</b>
<b>1. Steuerpflicht-/Steuerschuldverhältnis</b>	<b>33</b>
1.1 Steuerpflichtverhältnis	33
1.1.1 Steuerpflichtiger (§ 33 AO)	33
1.1.2 Pflichtenverhältnis nach §§ 34, 35 AO	33
1.1.2.1 Pflichtenverhältnis nach § 34 AO	33
1.1.2.2 Pflichtverhältnis nach § 35 AO	35
1.1.2.3 Dauer des Pflichtverhältnisses aus §§ 34, 35 AO	36
1.1.2.4 Folgen des Pflichtverhältnisses aus §§ 34, 35 AO	36
1.1.3 Pflichten aus dem Steuerpflichtverhältnis	36
1.1.4 Rechte aus dem Steuerpflichtverhältnis	36
1.1.5 Das Steuerpflichtverhältnis im Überblick	37
1.2 Steuerschuldverhältnis	37
1.2.1 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis, § 37 AO	38
1.2.2 Begriffe aus dem Steuerschuldrecht	40
1.2.2.1 Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	40
1.2.2.2 Steuerentrichtungspflichtiger	41
1.2.2.3 Steuerträger	41
1.2.2.4 Steuergläubiger, Steuervergütungsgläubiger	41
1.2.2.5 Gesamtschuldner	41
1.2.2.6 Gesamtrechtsnachfolge	44
1.2.2.7 Abtretung, Verpfändung, Pfändung	45
1.2.3 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	46
1.2.3.1 Folgen der Steuerentstehung	46
1.2.3.2 Entstehung im Einzelnen	47
1.2.4 Erlöschen der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	48
1.3 Zurechnung von Wirtschaftsgütern	48
1.3.1 Wirtschaftliches Eigentum	48
1.3.2 Treuhandverhältnisse	49
1.3.3 Sicherungseigentum	50
1.3.4 Eigenbesitz	50
1.3.5 Gesamthandsgemeinschaft	50
1.4 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln (§ 40 AO)	51
1.5 Unwirksame Rechtsgeschäfte, § 41 AO	52
1.6 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, § 42 AO	53
1.6.1 Missbrauch	53
1.6.2 Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts	53
1.6.3 Unangemessene rechtliche Gestaltung	53
1.6.4 Zweck der Steuervermeidung	54
1.6.5 Rechtsfolgen	54
1.6.6 Beispiele aus der Rechtsprechung	54
<b>2. Steuerbegünstigte Zwecke</b>	<b>55</b>
2.1 Überblick	55
2.2 Voraussetzungen für die Steuerbegünstigung	56
2.2.1 Inhaltliche Anforderungen (§§ 52 ff. AO)	56
2.2.1.1 Steuerbegünstigter Zweck	56
2.2.1.2 Selbstlosigkeit	58
2.2.1.3 Ausschließlichkeit, Unmittelbarkeit	58

2.2.1.4	Ausdrücklich unschädliche Betätigungen . . . . .	58
2.2.2	Verfahren zur Anerkennung (§§ 60 ff. AO) . . . . .	59
2.2.2.1	Satzung . . . . .	59
2.2.2.2	Tatsächliche Geschäftsführung . . . . .	60
2.2.2.3	Anerkennungsverfahren beim Finanzamt . . . . .	60
2.3	Verschiedene Bereiche und ihre steuerliche Behandlung im Einzelnen . . . . .	61
2.3.1	Überblick . . . . .	61
2.3.2	Steuerbegünstigung: Ideeller Bereich und Vermögensverwaltung . . . . .	62
2.3.3	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe . . . . .	62
2.3.3.1	Begriff des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs . . . . .	62
2.3.3.2	Abgrenzung zum steuerbegünstigten Zweckbetrieb . . . . .	63
2.3.4	Das Vermögen der steuerbegünstigten Körperschaft und seine Verwendung . . . . .	64
2.3.5	Übungsbeispiel . . . . .	66
<b>3.</b>	<b>Haftung . . . . .</b>	<b>67</b>
3.1	Allgemeines . . . . .	67
3.2	Akzessorietät der Haftung . . . . .	68
3.3	Gesamtschuldnerschaft . . . . .	68
3.4	Haftung der Vertreter (§ 69 AO) . . . . .	69
3.4.1	Haftungsschuldner . . . . .	69
3.4.1.1	Personen i.S.d. § 34 AO . . . . .	69
3.4.1.2	Personen i.S.d. § 35 AO . . . . .	69
3.4.2	Pflichtverletzung . . . . .	70
3.4.3	Haftungsschaden . . . . .	71
3.4.4	Ursächlichkeit/Kausalität . . . . .	73
3.4.5	Verschulden . . . . .	74
3.4.6	Umfang der Haftung – Grundsatz der anteiligen Tilgung . . . . .	74
3.5	Haftung des Vertretenen (§ 70 AO) . . . . .	76
3.5.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen . . . . .	77
3.5.2	Haftungsbeschränkungen/-ausschluss . . . . .	78
3.5.3	Haftungsumfang . . . . .	78
3.6	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers (§ 71 AO) . . . . .	79
3.6.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen . . . . .	79
3.6.2	Haftungsumfang . . . . .	80
3.7	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit (§ 72 AO) . . . . .	80
3.7.1	Haftender Personenkreis und haftungsbegründende Handlungen . . . . .	81
3.7.2	Haftungsumfang . . . . .	82
3.8	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden (§ 72a AO) . . . . .	82
3.8.1	Haftung des Herstellers . . . . .	82
3.8.2	Haftung des Auftragnehmers für Datenübermittlung . . . . .	82
3.8.3	Haftung des datenübermittlungspflichtigen Dritten . . . . .	83
3.9	Haftung bei Organschaft (§ 73 AO) . . . . .	83
3.9.1	Begriff der Organschaft . . . . .	84
3.9.1.1	Umsatzsteuerliche Organschaft nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG . . . . .	84
3.9.1.2	Körperschaftsteuerliche Organschaft nach §§ 14 ff. KStG . . . . .	84
3.9.1.3	Gewerbesteuerrechtliche Organschaft nach § 2 Abs. 2 GewStG . . . . .	84
3.9.1.4	Steuerschuldner bei Organschaft . . . . .	85
3.9.2	Haftungsschuldner . . . . .	85
3.9.3	Haftungsumfang . . . . .	85

3.10	Haftung des Eigentümers von Gegenständen (§ 74 AO) . . . . .	85
3.10.1	Voraussetzungen der Haftung . . . . .	86
3.10.2	Umfang der Haftung/Haftungsbeschränkungen . . . . .	88
3.10.2.1	Sachliche Einschränkung . . . . .	88
3.10.2.2	Zeitliche Einschränkung . . . . .	88
3.10.2.3	Gegenständliche Einschränkung . . . . .	88
3.11	Haftung des Betriebsübernehmers (§ 75 AO) . . . . .	89
3.11.1	Voraussetzung der Haftung . . . . .	89
3.11.1.1	Unternehmen . . . . .	89
3.11.1.2	Gesondert geführter Teilbetrieb . . . . .	89
3.11.1.3	Lebendes Unternehmen . . . . .	90
3.11.1.4	Wesentliche Grundlagen des Unternehmens oder Teilbetriebs . . . . .	90
3.11.1.5	Übereignung im Ganzen . . . . .	90
3.11.2	Umfang der Haftung/Haftungsbeschränkungen . . . . .	91
3.11.2.1	Sachliche Beschränkung . . . . .	91
3.11.2.2	Zeitliche Beschränkung . . . . .	92
3.11.2.3	Gegenständliche Beschränkung . . . . .	93
3.11.3	Haftungsausschluss . . . . .	93
3.12	Sachhaftung (§ 76 AO) . . . . .	94
3.13	Duldungspflicht (§ 77 AO) . . . . .	94
3.14	Haftungstatbestände nach anderen Steuergesetzen . . . . .	95
3.14.1	Haftung für Steuerabzugsbeträge . . . . .	95
3.14.2	Haftung bei Abtretung, Verpfändung und Pfändung von Forderungen (§ 13c UStG) . . . . .	95
3.15	Zivilrechtliche Haftungstatbestände . . . . .	95
3.15.1	Haftung des Erwerbers bei Firmenfortführung, § 25 HGB . . . . .	95
3.15.2	Haftung der Gesellschafter einer Personengesellschaft bzw. einer Kapitalgesellschaft . . . . .	96
3.16	Haftungsverfahren (§ 191 AO) . . . . .	96
3.16.1	Geltendmachung der Haftung . . . . .	96
3.16.2	Rechtsnatur des Haftungsbescheids . . . . .	97
3.16.3	Ermessensentscheidung . . . . .	99
3.16.4	Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	100
3.16.5	Festsetzungsfristen/Verjährung . . . . .	100
3.16.5.1	Haftung nach Steuergesetzen (§ 191 Abs. 3 AO) . . . . .	100
3.16.5.2	Haftung nach anderen Gesetzen (Privatrecht) § 191 Abs. 4 AO . . . . .	101
3.17	Korrektur von Haftungsbescheiden . . . . .	102
3.18	Rechtsbehelfe gegen Haftungsbescheide . . . . .	102
<b>III.</b>	<b>Grundsätze des Besteuerungsverfahrens . . . . .</b>	<b>104</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeine Verfahrensgrundsätze . . . . .</b>	<b>104</b>
1.1	Verfahrensbeteiligte . . . . .	104
1.1.2	Handlungsfähigkeit . . . . .	105
1.1.2.1	Begriff, Bedeutung . . . . .	105
1.1.2.2	Voraussetzungen . . . . .	105
1.1.3	Bevollmächtigte . . . . .	106
1.1.4	Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen . . . . .	108
1.2	Besteuerungsgrundsätze . . . . .	110
1.2.1	Gleichmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	111

1.2.2	Gesetzmäßigkeit der Besteuerung . . . . .	112
1.2.3	§ 86 AO . . . . .	112
1.2.4	Amtssprache . . . . .	113
1.2.5	Elektronische Kommunikation . . . . .	113
1.2.6	Untersuchungsgrundsatz . . . . .	114
1.2.7	Beratungs- und Auskunftspflicht, Verbindliche Auskunft . . . . .	115
1.2.8	Rechtliches Gehör . . . . .	117
1.3	Beweiserhebung, Ermittlungsverfahren . . . . .	118
1.3.1	Mitwirkungspflichten der Beteiligten, § 90 AO . . . . .	119
1.3.2	Beweismittel . . . . .	119
1.3.2.1	Grundsätze, § 92 AO . . . . .	119
1.3.2.2	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen, § 93 AO . . . . .	120
1.3.2.3	Kontenabrufverfahren . . . . .	123
1.3.2.4	Mitteilungspflichten nach § 93a AO . . . . .	125
1.3.2.5	Datenübermittlung durch Dritte, §§ 93c ff. AO . . . . .	125
1.3.2.6	Eidliche Vernehmung, Versicherung an Eides Statt . . . . .	125
1.3.2.7	Hinzuziehung von Sachverständigen . . . . .	126
1.3.2.8	Urkunden, § 97 AO . . . . .	126
1.3.2.9	Inaugenscheinnahme . . . . .	126
1.3.3	Auskunftsverweigerungsrechte . . . . .	127
1.3.3.1	Angehörige . . . . .	128
1.3.3.2	Bestimmte Berufsgruppen . . . . .	129
1.3.3.3	Fälle der Selbstbelastung im Hinblick auf Straftaten . . . . .	130
1.3.3.4	Öffentliche Stellen/Beeinträchtigung des staatlichen Wohls . . . . .	130
1.4	Rechts- und Amtshilfe . . . . .	131
<b>2.</b>	<b>Fristen und Termine (§§ 108–110 AO) . . . . .</b>	<b>132</b>
2.1	Definitionen . . . . .	132
2.2	Fristen im Steuerrecht – Überblick . . . . .	132
2.3	Berechnung von Fristen . . . . .	133
2.3.1	Fristbeginn bei Ereignisfristen . . . . .	133
2.3.2	Fristbeginn bei Tagesbeginnfristen . . . . .	134
2.3.3	Fristende bei Ereignisfristen . . . . .	134
2.3.3.1	Nach Tagen bestimmte Frist . . . . .	134
2.3.3.2	Monatsfristen . . . . .	134
2.3.3.3	Wochenfristen . . . . .	135
2.3.3.4	Fristende am Wochenende und an Feiertagen . . . . .	135
2.3.4	Fristende bei Tagesbeginnfristen . . . . .	136
2.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 110 AO) . . . . .	136
2.4.1	Gesetzliche, nicht verlängerbare Frist . . . . .	136
2.4.2	Nachholung der versäumten Handlung . . . . .	136
2.4.3	Wahrung der Wiedereinsetzungsfrist . . . . .	136
2.4.4	Glaubhaftmachung . . . . .	137
2.4.5	Verschulden . . . . .	137
2.4.5.1	Verschulden eines Vertreters . . . . .	137
2.4.5.2	Fallgruppen zum Verschulden . . . . .	138
<b>3.</b>	<b>Steuerverwaltungsakte . . . . .</b>	<b>139</b>
3.1	Allgemeines . . . . .	139
3.2	Begriff des Steuerverwaltungsaktes (§ 118 AO) . . . . .	140

3.2.1	Behördliche Maßnahme . . . . .	140
3.2.2	Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts (hoheitlich). . . . .	141
3.2.3	Regelung eines Einzelfalls . . . . .	141
3.2.4	Unmittelbare Rechtswirkung nach außen. . . . .	141
3.3	Allgemeinverfügung (§ 118 S. 2 AO) . . . . .	142
3.4	Arten der Steuerverwaltungsakte. . . . .	143
3.4.1	Gesetzlich gebundene und Ermessensverwaltungsakte . . . . .	143
3.4.2	Rechtsfeststellende und rechtsgestaltende Verwaltungsakte. . . . .	143
3.4.3	Begünstigende/nicht begünstigende Verwaltungsakte . . . . .	144
3.4.4	Verwaltungsakte ohne/mit Dauerwirkung . . . . .	144
3.4.5	Einseitige/mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte. . . . .	144
3.5	Bestimmtheit und Form des Steuerverwaltungsaktes (§ 119 AO) . . . . .	145
3.5.1	Bestimmtheit (§ 119 Abs. 1 AO). . . . .	145
3.5.2	Form des Verwaltungsaktes (§ 119 Abs. 2 AO) . . . . .	145
3.5.3	Anforderungen an einen schriftlichen Verwaltungsakt (§ 119 Abs. 3 AO) . . . . .	146
3.6	Nebenbestimmungen zum Steuerverwaltungsakt (§ 120 AO) . . . . .	146
3.6.1	Befristung . . . . .	147
3.6.2	Bedingung . . . . .	147
3.6.3	Widerrufsvorbehalt . . . . .	147
3.6.4	Auflage . . . . .	148
3.7	Begründung des Steuerverwaltungsaktes (§ 121 AO). . . . .	148
3.8	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten (§ 123 AO) . . . . .	149
3.9	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes (§ 124 AO) und Bekanntgabe (§ 122 AO). . . . .	150
3.9.1	Wirksamkeit des Verwaltungsaktes . . . . .	150
3.9.1.1	Willensbildung. . . . .	150
3.9.1.2	Willensäußerung . . . . .	151
3.9.1.3	Abschließende Zeichnung durch einen handlungsbefugten Amtsträger . . . . .	151
3.9.1.4	Zeitpunkt. . . . .	151
3.9.1.5	Inhalt . . . . .	151
3.9.1.6	Adressat. . . . .	152
3.9.1.7	Wirksam bleiben des Verwaltungsaktes (§ 124 Abs. 2 AO) . . . . .	152
3.9.1.8	Nichtiger Verwaltungsakt (§ 124 Abs. 3 AO) . . . . .	152
3.9.2	Bekanntgabe (§ 124 Abs. 1 AO i.V.m. § 122 AO). . . . .	152
3.9.2.1	Voraussetzung der Bekanntgabe/Begriff der Bekanntgabe . . . . .	152
3.9.3	Bekanntgabe beim bestimmten Adressaten oder beim berechtigten Empfänger . . . . .	154
3.9.3.1	Inhaltsadressat (§ 122 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 AO). . . . .	155
3.9.3.2	Drittbetroffene . . . . .	155
3.9.3.3	Bekanntgabeadressat . . . . .	156
3.9.3.4	Empfänger . . . . .	156
3.9.4	Mängel der Bekanntgabe. . . . .	157
3.9.5	Formen der Bekanntgabe (§ 122 Abs. 2 bis Abs. 5 AO) . . . . .	157
3.9.5.1	Bekanntgabe bei Übermittlung durch die Post (§ 122 Abs. 2 AO). . . . .	157
3.9.5.2	Bekanntgabe durch elektronische Übermittlung (§ 122 Abs. 2a AO) . . . . .	158
3.9.5.3	Öffentliche Bekanntgabe (§ 122 Abs. 3 und 4 AO) . . . . .	158
3.9.5.4	Förmliche Zustellung schriftlicher Verwaltungsakte (§ 122 Abs. 5 AO). . . . .	159
3.9.6	Bekanntgabe und Adressierung in besonderen Fällen . . . . .	160
3.9.6.1	Bekanntgabe an mehrere Beteiligte (§ 122 Abs. 6 AO) . . . . .	160

3.9.6.2	Bekanntgabe an Ehegatten/(eingetragene) Lebenspartner/Ehegatten mit ihren Kindern/(eingetragene) Lebenspartner mit ihren Kindern/Aleinstehende mit Kindern (§ 122 Abs. 7 AO); geändert durch das Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des BVerfG vom 18.07.2014; anzuwenden ab 24.07.2014 . . . . .	161
3.9.6.3	Bekanntgabe an Personengesellschaften . . . . .	161
3.9.6.4	Bekanntgabe an juristische Personen . . . . .	162
3.9.6.5	Bekanntgabe bei Gesamtrechtsnachfolge . . . . .	163
3.9.7	Übungsfälle zur Bekanntgabe . . . . .	163
3.10	Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf (§ 122a AO) . . . . .	163
3.11	Nichtigkeit des Verwaltungsaktes (§ 125 AO) . . . . .	164
3.11.1	Generalklausel (§ 125 Abs. 1 AO) . . . . .	164
3.11.1.1	Besonders schwerwiegender Fehler . . . . .	164
3.11.1.2	Offenkundigkeit . . . . .	165
3.11.2	Positivkatalog (§ 125 Abs. 2 AO) . . . . .	165
3.11.3	Negativkatalog (§ 125 Abs. 3 AO) . . . . .	165
3.11.4	Teilnichtigkeit (§ 125 Abs. 4 AO) . . . . .	166
3.11.5	Feststellen der Nichtigkeit (§ 125 Abs. 5 AO) . . . . .	166
3.12	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern (§ 126 AO) . . . . .	166
3.12.1	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern (§ 126 Abs. 1 AO) . . . . .	166
3.12.2	Zeitliche Beschränkung der Heilung (§ 126 Abs. 2 AO) . . . . .	167
3.12.3	Wiedereinsetzung (§ 126 Abs. 3 AO) . . . . .	167
3.13	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern (§ 127 AO) . . . . .	167
3.13.1	Verletzung von Verfahrensvorschriften . . . . .	168
3.13.2	Verletzung von Formvorschriften . . . . .	168
3.13.3	Verletzung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit . . . . .	168
3.13.4	Keine andere Entscheidung in der Sache . . . . .	168
3.13.5	Rechtsfolge . . . . .	168
3.14	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes (§ 128 AO) . . . . .	168
<b>4.</b>	<b>Durchführung der Besteuerung . . . . .</b>	<b>169</b>
4.1	Erfassung der Steuerpflichtigen . . . . .	169
4.1.1	Personenstands- und Betriebsaufnahme . . . . .	169
4.1.2	Anzeigepflichten . . . . .	169
4.1.3	Identifikationsmerkmale . . . . .	171
4.2	Mitwirkungspflichten . . . . .	171
4.2.1	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten . . . . .	171
4.2.1.1	Buchführungspflichten . . . . .	171
4.2.1.2	Aufzeichnungspflichten . . . . .	173
4.2.1.3	Aufbewahrungspflichten . . . . .	173
4.2.1.4	Digitale Kassensysteme . . . . .	174
4.2.2	Steuererklärungen . . . . .	174
4.2.2.1	Erklärungspflichtige . . . . .	174
4.2.2.2	Anforderungen an die Steuererklärung . . . . .	175
4.2.3	Berichtigungspflicht gem. § 153 AO . . . . .	177
4.3	Folgen der Verletzung von Mitwirkungspflichten . . . . .	178
4.3.1	Verspätungszuschlag . . . . .	179



4.3.1.1	Gesetzliche Regelungen für Steuererklärungen bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2017 . . . . .	180
4.3.1.2	Gesetzliche Regelungen für Steuererklärungen ab Veranlagungszeitraum 2018 . . . .	182
4.3.2	Verzögerungsgeld . . . . .	183
4.3.2.1	Überblick . . . . .	183
4.3.2.2	Verzögerungsgeld wegen Verletzung der Mitwirkungspflichten während einer Betriebsprüfung . . . . .	184
4.3.2.3	Verzögerungsgeld wegen Verlagerung der elektronischen Buchführung ins Ausland	184
4.3.3	Weitere Folgen: Zwangsmittel, Schätzung von Besteuerungsgrundlagen. . . . .	184
4.4	Beweiswürdigung im Besteuerungsverfahren . . . . .	185
4.4.1	Allgemeine Grundsätze. . . . .	185
4.4.1.1	Freie Beweiswürdigung, Beweislast, Feststellungslast . . . . .	185
4.4.1.2	Kontenwahrheit, § 154 AO . . . . .	185
4.4.1.3	Nachweis der Treuhänderschaft, § 159 AO . . . . .	186
4.4.2	Benennung von Zahlungsempfängern, § 160 AO . . . . .	186
4.4.2.1	Bedeutung des § 160 AO . . . . .	186
4.4.2.2	Voraussetzungen und Entscheidung des Finanzamts. . . . .	187
4.4.2.3	Rechtsbehelfe. . . . .	189
4.4.3	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen, § 162 AO. . . . .	189
4.4.3.1	Voraussetzungen und Gegenstand der Schätzung . . . . .	189
4.4.3.2	Verfahren und Entscheidung . . . . .	190
<b>IV.</b>	<b>Festsetzungs- und Feststellungsverfahren. . . . .</b>	<b>193</b>
<b>1.</b>	<b>Steuerfestsetzungen . . . . .</b>	<b>193</b>
1.1	Steuerbescheide . . . . .	194
1.2	Ähnliche Bescheide, Abgrenzung . . . . .	199
1.3	Absehen von Steuerfestsetzung, abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen . . . . .	200
1.3.1	Absehen von Steuerfestsetzung gem. § 156 AO . . . . .	200
1.3.2	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen gem. § 163 AO . . . .	201
1.4	Drittwirkung von Steuerfestsetzungen . . . . .	202
<b>2.</b>	<b>Steuerfestsetzungen unter Vorbehalt der Nachprüfung . . . . .</b>	<b>202</b>
2.1	Sinn und Zweck, Anwendungsbereich . . . . .	202
2.2	Gesetzlicher und behördlicher Vorbehalt der Nachprüfung . . . . .	203
2.3	Voraussetzungen . . . . .	204
2.4	Verfahrensfragen . . . . .	204
2.5	Wirkung . . . . .	204
2.6	Aufhebung und Wegfall . . . . .	205
2.6.1	Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung durch die Behörde . . . . .	205
2.6.2	Wegfall des Vorbehalts der Nachprüfung gem. § 164 Abs. 4 AO . . . . .	206
2.7	Rechtsmittel im Zusammenhang mit dem Vorbehalt der Nachprüfung. . . . .	206
<b>3.</b>	<b>Vorläufige Steuerfestsetzungen . . . . .</b>	<b>207</b>
3.1	Anwendungsbereich, Abgrenzung . . . . .	207
3.2	Voraussetzungen der einzelnen Anwendungsfälle. . . . .	207
3.2.1	Vorläufigkeitsvermerk wegen tatsächlicher Ungewissheit, § 165 Abs. 1 Satz 1 AO .	208
3.2.2	Vorläufigkeitsvermerk wegen rechtlicher Ungewissheit, § 165 Abs. 1 Satz 2 AO . .	208
3.2.2.1	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 AO . . . . .	208
3.2.2.2	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und Nr. 2a AO . . . . .	209

3.2.2.3	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO . . . . .	209
3.2.2.4	Vorläufigkeitsvermerk gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AO . . . . .	209
3.3	Rechtsfolgen der Vorläufigkeit der Steuerfestsetzung . . . . .	210
3.4	Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit dem Vorläufigkeitsvermerk. . . . .	212
<b>4.</b>	<b>Steueranmeldungen . . . . .</b>	<b>213</b>
4.1	Überblick. . . . .	213
4.2	Wirkung . . . . .	213
4.3	Abweichende Festsetzung durch die Finanzbehörde . . . . .	215
4.4	Rechtsschutz . . . . .	216
<b>5.</b>	<b>Gesonderte Feststellungen . . . . .</b>	<b>216</b>
5.1	Überblick, Verfahren. . . . .	216
5.2	Einheitliche und gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen . . . . .	218
5.3	Gesonderte Feststellungen gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2b AO . . . . .	220
5.4	Weitere Feststellungsfälle . . . . .	220
5.4.1	Feststellungen aufgrund § 180 Abs. 2 AO . . . . .	220
5.4.2	Feststellungen nach § 180 Abs. 5 AO . . . . .	221
5.4.3	Feststellungen von Einheitswerten. . . . .	221
5.4.4	Feststellungen von Grundbesitzwerten. . . . .	222
5.5	Feststellungsbescheide . . . . .	222
5.5.1	Wesen, Inhalt, Form und Bekanntgabe. . . . .	222
5.5.2	Wirkung . . . . .	223
5.5.3	Ergänzungsbescheide . . . . .	224
5.5.4	Rechtsbehelfe. . . . .	224
<b>6.</b>	<b>Steuermessbescheide . . . . .</b>	<b>224</b>
6.1	Anwendungsbereich, Wirkung . . . . .	224
6.2	Weitere Verwaltungsakte im Bereich der Steuermessbeträge: Zerlegungsbescheide, Zuteilungsbescheide. . . . .	225
<b>7.</b>	<b>Festsetzungs-/Feststellungsverjährung. . . . .</b>	<b>226</b>
7.1	Festsetzungsverjährung (§§ 169 ff. AO) . . . . .	226
7.1.1	Dauer der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	226
7.1.2	Beginn der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	228
7.1.2.1	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 2 AO . . . . .	228
7.1.2.2	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 3 AO . . . . .	229
7.1.2.3	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 4 AO . . . . .	229
7.1.2.4	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 5 AO . . . . .	229
7.1.2.5	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 6 AO . . . . .	230
7.1.3	Ende der Festsetzungsverjährungsfrist . . . . .	231
7.1.3.1	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 1 AO . . . . .	231
7.1.3.2	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 2 AO . . . . .	232
7.1.3.3	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 3 AO . . . . .	232
7.1.3.4	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 3a AO . . . . .	233
7.1.3.5	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 4 AO . . . . .	234
7.1.3.6	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 5 AO . . . . .	237
7.1.3.7	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 6 AO . . . . .	237
7.1.3.8	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 7 AO . . . . .	237
7.1.3.9	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 8 AO . . . . .	238
7.1.3.10	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 9 AO . . . . .	238
7.1.3.11	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 10, 10a AO . . . . .	238

7.1.3.12	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 11 AO	242
7.1.3.13	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 12 AO	242
7.1.3.14	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 13 AO	242
7.1.3.15	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 14 AO	242
7.1.3.16	Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 15 AO	243
7.1.3.17	Sonderregelung gemäß § 174 Abs. 1 S. 2 und Abs. 4 S. 3 AO	243
7.2	Feststellungsverjährung	243
7.3	Rechtsfolgen bei Verletzung der Vorschriften über die Festsetzungs-/Feststellungsfrist	245
<b>V.</b>	<b>Korrektur von Steuerverwaltungsakten (§§ 129, 130, 131, 172–177 AO)</b>	<b>246</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>246</b>
1.1	Rechtmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	246
1.2	Übersicht über die Korrekturvorschriften	247
<b>2.</b>	<b>Korrekturvorschrift für alle Steuerverwaltungsakte</b>	<b>247</b>
2.1	Berichtigung wegen offenkundiger Unrichtigkeiten (§ 129 AO)	247
2.1.1	Offenkundige Unrichtigkeit in einem Verwaltungsakt	247
2.1.1.1	Schreib- und Rechenfehler	248
2.1.1.2	Ähnliche Unrichtigkeit	248
2.1.2	Offenkundigkeit	250
2.1.3	Unrichtigkeit beim Erlass eines Verwaltungsaktes	250
2.1.3.1	Fehler der Finanzbehörde	250
2.1.3.2	Fehler des Steuerpflichtigen	250
2.1.3.3	Übernahmefehler	251
2.1.3.4	Fehler in Steueranmeldungen	252
2.1.4	Rechtsfolge der Berichtigung	252
2.1.4.1	Zeitliche Grenzen	252
2.1.4.2	Umfang der Berichtigung	252
2.1.4.3	Ermessen	252
2.1.4.4	Vorlage der zu berichtenden Urkunde	252
2.1.5	Rechtsbehelf	253
2.2	Korrekturvorschrift für sonstige Verwaltungsakte (§§ 130, 131 AO)	253
2.2.1	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (§ 130 AO)	253
2.2.1.2	Rücknahme eines rechtswidrig nicht begünstigenden (belastenden) Verwaltungsaktes (§ 130 Abs. 1 AO)	254
2.2.1.3	Rücknahme eines rechtswidrig begünstigenden Verwaltungsaktes (§ 130 Abs. 2 AO)	254
2.2.1.4	Rücknahme als Rechtsfolge	256
2.2.1.5	Rücknahmefrist (§ 130 Abs. 3 AO)	257
2.2.1.6	Zuständige Behörde für die Rücknahme (§ 130 Abs. 4 AO)	257
2.2.2	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes (§ 131 AO)	257
2.2.2.1	Widerruf von rechtmäßigen nicht begünstigenden Verwaltungsakten (§ 131 Abs. 1 AO)	257
2.2.2.2	Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte (§ 131 Abs. 2 AO)	258
2.2.2.3	Widerruf als Rechtsfolge	260
2.2.2.4	Widerrufsfrist (§§ 131 Abs. 2 Satz 2 AO, 130 Abs. 3 AO)	260
2.2.2.5	Zuständige Behörde für den Widerruf (§ 131 Abs. 4 AO)	260

2.3	Korrekturvorschrift für Steuerbescheide und diesen gleichgestellte Bescheide (§§ 172 bis 177 AO) . . . . .	260
2.3.1	Sachlicher Anwendungsbereich des Korrektursystems (§§ 172 bis 177 AO) . . . . .	260
2.3.2	Bedeutung der Bestandskraft für die Aufhebung und Änderung . . . . .	261
2.3.3	Korrektur . . . . .	261
2.3.4	Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden (§ 172 AO) . . . . .	262
2.3.4.1	Allgemeines . . . . .	262
2.3.4.2	Aufhebung und Änderung von Bescheiden über Verbrauchssteuern (§ 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO) . . . . .	262
2.3.4.3	Aufhebung und Änderung von Bescheiden über andere Steuern (§ 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO) . . . . .	263
2.3.4.4	Anwendbarkeit auf Einspruchsentscheidungen (§ 172 Abs. 1 Sätze 2 und 3 AO) . . . . .	266
2.3.4.5	Ausdehnung auf Verwaltungsakte, durch die ein Antrag auf Erlass, Aufhebung oder Änderung eines Steuerbescheids abgelehnt wird (§ 172 Abs. 2 AO) . . . . .	266
2.3.4.6	Zurückweisung durch Allgemeinverfügung (§ 172 Abs. 3 AO) . . . . .	266
2.3.4.7	Rechtsbehelf . . . . .	266
2.3.5	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel (§ 173 AO) . . . . .	267
2.3.5.1	Allgemeines . . . . .	267
2.3.5.2	Voraussetzungen für die Aufhebung oder Änderung (Tatbestand Abs. 1) . . . . .	268
2.3.5.3	Aufhebung oder Änderung zuungunsten des Steuerpflichtigen (§ 173 Abs. 1 Nr. 1 AO) . . . . .	272
2.3.5.4	Aufhebung oder Änderung zugunsten des Steuerpflichtigen (§ 173 Abs. 1 Nr. 2 AO) . . . . .	273
2.3.5.5	Änderungssperre (§ 173 Abs. 2 AO) . . . . .	275
2.3.6	Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung (§ 173a AO) . . . . .	275
2.3.6.1	Schreib- oder Rechenfehler . . . . .	276
2.3.6.2	Kausalität . . . . .	276
2.3.6.3	Rechtsfolge . . . . .	276
2.3.7	Widerstreitende Steuerfestsetzungen (§ 174 AO) . . . . .	276
2.3.7.1	Allgemeines . . . . .	276
2.3.7.2	Bestimmter Sachverhalt . . . . .	277
2.3.7.3	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes . . . . .	277
2.3.7.4	Einmalberücksichtigung . . . . .	278
2.3.7.5	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes zuungunsten eines oder mehrerer Steuerpflichtiger (§ 174 Abs. 1 AO) . . . . .	278
2.3.7.6	Mehrfachberücksichtigung eines bestimmten Sachverhalts zugunsten eines oder mehrerer Steuerpflichtiger (§ 174 Abs. 2 AO) . . . . .	279
2.3.7.7	Nichtberücksichtigung eines bestimmten Sachverhaltes im Hinblick auf einen anderen Bescheid (§ 174 Abs. 3 AO) . . . . .	280
2.3.7.8	Ausgelöster Widerstreit durch Antrag oder Rechtsbehelf des Steuerpflichtigen (§ 174 Abs. 4 und 5 AO) . . . . .	281
2.3.8	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden aufgrund von Grundlagenbescheiden und bei rückwirkenden Ereignissen (§ 175 AO) . . . . .	283
2.3.8.1	Allgemeines . . . . .	283
2.3.8.2	§ 175 Abs. 1 Nr. 1 AO – Allgemeines . . . . .	283
2.3.8.3	§ 175 Abs. 1 Nr. 2 AO – Allgemeines . . . . .	286
2.3.9	Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen (§ 175a AO) . . . . .	290

2.3.9.1	Tatbestand . . . . .	290
2.3.9.2	Rechtsfolge . . . . .	290
2.3.10	Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte (§ 175b AO)	290
2.3.11	Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden (§ 176 AO) . . . . .	291
2.3.11.1	Tatbestand . . . . .	292
2.3.11.2	Einschränkung des Vertrauensschutzes (§ 176 Abs. 1 Satz 2 AO) . . . . .	293
2.3.11.3	Vertrauen auf Verwaltungsvorschriften (§ 176 Abs. 2 AO) . . . . .	293
2.3.12	Berichtigung von materiellen Fehlern (§ 177 AO) . . . . .	293
2.3.12.1	Materieller Fehler (§ 177 Abs. 3 AO) . . . . .	294
2.3.12.2	Umfang der Berichtigung . . . . .	294
<b>VI.</b>	<b>Erhebungsverfahren. . . . .</b>	<b>297</b>
<b>1.</b>	<b>Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis (§ 218 AO) . . . . .</b>	<b>297</b>
<b>2.</b>	<b>Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis. . . . .</b>	<b>298</b>
2.1	§ 220 Abs. 1 AO . . . . .	298
2.2	§ 220 Abs. 2 AO . . . . .	299
2.2.1	Fälligkeit mit Steuerentstehung . . . . .	299
2.2.2	Fälligkeit mit Festsetzung . . . . .	300
2.2.3	Fälligkeit mit Ablauf der Zahlungsfrist gemäß Leistungsgebot . . . . .	300
2.3	Abweichende Fälligkeitsbestimmung . . . . .	301
<b>3.</b>	<b>Stundung . . . . .</b>	<b>301</b>
3.1	Anwendungsbereich . . . . .	301
3.2	Abgrenzung zur Aussetzung der Vollziehung . . . . .	301
3.3	Voraussetzungen der Stundung . . . . .	301
3.3.1	Erhebliche Härte . . . . .	302
3.3.1.1	Sachliche Stundungsgründe . . . . .	302
3.3.1.2	Persönliche Stundungsgründe . . . . .	302
3.3.2	Nichtgefährdung des Anspruchs . . . . .	303
3.3.3	Sicherheitsleistung . . . . .	303
3.4	Ermessensausübung. . . . .	303
3.5	Folgen der Stundung. . . . .	303
3.6	Zuständigkeit . . . . .	304
<b>4.</b>	<b>Erlöschen der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis . . . . .</b>	<b>304</b>
4.1	Zahlung (§ 224 AO) . . . . .	304
4.1.1	Tag der Zahlung . . . . .	304
4.1.2	Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt (§ 224a AO) . . . . .	305
4.1.3	Reihenfolge der Tilgung . . . . .	305
4.2	Aufrechnung . . . . .	306
4.2.1	Allgemeines . . . . .	306
4.2.2	Abgrenzung zum Verrechnungsvertrag . . . . .	306
4.2.3	Voraussetzungen für die Aufrechnung . . . . .	307
4.2.3.1	Gleichartigkeit der Forderungen . . . . .	307
4.2.3.2	Bezeichnung der Forderungen . . . . .	307
4.2.3.3	Gegenseitigkeit. . . . .	307
4.2.3.4	Fälligkeit der Gegenforderung . . . . .	309
4.2.3.5	Erfüllbarkeit der Hauptforderung. . . . .	309
4.2.4	Rechtsfolgen der Aufrechnung. . . . .	310

4.3	Erlass	310
4.3.1	Unbilligkeit	311
4.3.1.1	Sachliche Unbilligkeit	311
4.3.1.2	Persönliche Unbilligkeit	313
4.3.2	Ermessen und Folge des Erlasses	314
4.3.3	Zuständigkeit	315
<b>5.</b>	<b>Zahlungsverjährung (§§ 228–232 AO)</b>	<b>315</b>
5.1	Berechnungsschema zur Zahlungsverjährung	315
5.2	Fristbeginn	316
5.3	Anlaufhemmung	316
5.4	Ablaufhemmung	318
5.5	Unterbrechung	318
<b>6.</b>	<b>Zinsen</b>	<b>319</b>
6.1	Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	320
6.1.1	Zinsberechnung	320
6.1.2	Zinsen bei freiwilligen Zahlungen	321
6.1.3	Zinsen bei Erstattungen	322
6.1.4	Zinsen bei Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Steuerfestsetzung	322
6.2	Hinterziehungszinsen	323
6.3	Prozesszinsen	324
6.4	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	324
<b>7.</b>	<b>Säumniszuschläge (§ 240 AO)</b>	<b>325</b>
7.1	Berechnung von Säumniszuschlägen	325
7.2	Schuldner der Säumniszuschläge	327
<b>8.</b>	<b>Sicherheitsleistung</b>	<b>327</b>
<b>VII.</b>	<b>Vollstreckung</b>	<b>328</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>328</b>
<b>2.</b>	<b>Vollstreckung wegen Geldforderungen</b>	<b>328</b>
2.1	Grundlagen und Voraussetzungen der Vollstreckung	328
2.1.1	Beteiligte im Vollstreckungsverfahren	328
2.1.2	Allgemeine Voraussetzungen der Vollstreckung	328
2.2	Tätigkeiten der Finanzämter im Vollstreckungsbereich	330
2.3	Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	331
2.3.1	Vollstreckung in bewegliche Sachen durch den Vollziehungsbeamten	332
2.3.2	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	334
2.4	Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	336
2.4.1	Überblick	336
2.4.2	Gegenstand der Immobilienvollstreckung, Abgrenzung	336
2.4.3	Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek	337
2.4.4	Antrag auf Zwangsversteigerung	337
2.4.5	Antrag auf Zwangsverwaltung	337
2.5	Vollstreckung in das Gesamtvermögen nach der InsO	337
2.5.1	Grundzüge	337
2.5.2	Insolvenzverfahren	338
2.5.3	Behandlung von Steuerforderungen in der Insolvenz	340
2.5.4	Verbraucherinsolvenzverfahren	341
2.5.5	Restschuldbefreiung	341

2.5.6	Insolvenzanfechtung . . . . .	342
2.6	Weitere Maßnahmen im Vollstreckungsbereich. . . . .	343
2.6.1	Eidesstattliche Versicherung/Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners . . .	343
2.6.2	Arrestverfahren . . . . .	344
2.6.3	Anregung der Gewerbeuntersagung. . . . .	345
2.7	Rechtsbehelfe im Vollstreckungsrecht . . . . .	345
2.7.1	Besonderheiten im Einspruchsverfahren gegen Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	345
2.7.2	Antrag auf Beschränkung der Vollstreckung (Vollstreckungsaufschub). . . . .	345
2.7.3	Antrag auf Aufteilung einer Gesamtschuld . . . . .	346
2.7.4	Rechtsbehelfe Dritter gegen die Vollstreckung . . . . .	347
2.8	Prüfungsaufbau: Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	347
<b>3.</b>	<b>Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen . . . . .</b>	<b>347</b>
3.1	Überblick und Bedeutung der Zwangsmittel. . . . .	347
3.2	Zwangsgeld . . . . .	348
3.2.1	Sinn und Zweck. . . . .	348
3.2.2	Voraussetzungen eines Zwangsgelds . . . . .	348
3.2.3	Ersatzzwangshaft . . . . .	350
3.2.4	Verfahrensablauf im Einzelnen . . . . .	350
3.2.5	Rechtsbehelfe/Korrektur . . . . .	352
<b>VIII.</b>	<b>Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren . . . . .</b>	<b>353</b>
<b>1.</b>	<b>Einführung, Abgrenzung . . . . .</b>	<b>354</b>
1.1	Allgemeines zum Einspruchsverfahren . . . . .	354
1.2	Abgrenzung zu anderen Anträgen und Rechtsbehelfen . . . . .	354
<b>2.</b>	<b>Zulässigkeit des Einspruchs. . . . .</b>	<b>356</b>
2.1	Statthaftigkeit. . . . .	357
2.2	Einspruchsbefugnis . . . . .	359
2.2.1	Beschwer (§ 350 AO) . . . . .	359
2.2.2	Einspruchsbefugnis bei einheitlichen und gesonderten Feststellungen . . . . .	360
2.2.3	Drittbetroffenheit . . . . .	363
2.3	Form . . . . .	363
2.3.1	Schriftlich oder zur Niederschrift. . . . .	363
2.3.2	Weitere Anforderungen. . . . .	363
2.4	Frist. . . . .	364
2.4.1	Fristwahrung, Wiedereinsetzung. . . . .	364
2.4.2	Fristwahrung durch Einlegung bei der richtigen Behörde . . . . .	365
2.5	Anfechtungsbeschränkung bei Einspruch gegen Änderungsbescheid . . . . .	366
2.6	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	368
2.6.1	Handlungsfähigkeit . . . . .	368
2.6.2	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	368
2.7	Einspruchsverzicht. . . . .	369
2.8	Rücknahme des Einspruchs . . . . .	369
<b>3.</b>	<b>Begründetheit des Einspruchs . . . . .</b>	<b>370</b>
3.1	Grundsatz der Vollüberprüfung . . . . .	370
3.2	Verböserung. . . . .	371
3.3	Anfechtungsbeschränkung bei Einspruch gegen Folgebescheid . . . . .	371
<b>4.</b>	<b>Entscheidung über den Einspruch . . . . .</b>	<b>373</b>
4.1	Einspruchsentscheidung . . . . .	373

4.2	Abhilfe	375
4.3	Teil-Einspruchsentscheidungen und Allgemeinverfügungen	376
<b>5.</b>	<b>Weitere Folgen und Entscheidungen im Einspruchsverfahren</b>	<b>378</b>
5.1	Ablaufhemmung (§ 171 Abs. 3a AO)	378
5.2	Änderungen im Rechtsbehelfsverfahren	378
5.3	Hinzuziehung Dritter	379
5.3.1	Sinn und Zweck, Wirkung der Hinzuziehung	379
5.3.2	Einfache Hinzuziehung	380
5.3.3	Notwendige Hinzuziehung	381
5.3.4	Sonderfall der Hinzuziehung nach § 174 Abs. 5 AO	381
5.4	Aussetzen/Ruhenlassen des Verfahrens	382
5.4.1	Aussetzen des Verfahrens, § 363 Abs. 1 AO	382
5.4.2	Ruhenlassen des Verfahrens, § 363 Abs. 2 AO	383
5.4.3	Rechtsbehelfe	384
5.5	Aussetzung/Aufhebung der Vollziehung	385
5.5.1	Sinn und Zweck	385
5.5.2	Voraussetzungen der Aussetzung der Vollziehung	385
5.5.3	Aufhebung der Vollziehung	387
5.5.4	Aussetzung der Vollziehung im Verhältnis zu Grundlagen- und Folgebescheid	387
5.5.5	Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Aussetzung	387
5.5.6	Gewährung der Aussetzung der Vollziehung durch das Finanzgericht	388
5.6	§ 364b AO	388
<b>IX.</b>	<b>Die Außenprüfung</b>	<b>390</b>
<b>1.</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>390</b>
<b>2.</b>	<b>Veranlagende Betriebsprüfung</b>	<b>391</b>
<b>3.</b>	<b>Rechtswirkungen der Außenprüfung</b>	<b>392</b>
3.1	Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung	392
3.2	Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist	392
3.3	Ausschluss der Selbstanzeige	393
3.4	Verbindliche Zusagen	393
<b>4.</b>	<b>Zulässigkeit einer Außenprüfung (§ 193 AO)</b>	<b>393</b>
4.1	Allgemeines	393
4.2	Tatbestände des § 193 AO	394
4.2.1	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 1 AO bei Gewinneinkünften	394
4.2.2	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 AO	395
4.2.2.1	Steuerabzugsverpflichtete (§ 193 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 194 Abs. 1 S. 4 AO)	396
4.2.2.2	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	396
4.2.3	Zulässigkeit nach § 193 Abs. 2 Nr. 3 AO	397
<b>5.</b>	<b>Sachlicher Umfang einer Außenprüfung (§ 194 AO)</b>	<b>397</b>
5.1	Sachlicher und Persönlicher Umfang	398
5.2	Zeitlicher Umfang der Außenprüfung	399
5.2.1	Großbetriebe	400
5.2.2	M-, K-, und KSt-Betriebe	400
5.2.3	Strafrechtliche Aspekte	400
5.3	Kontrollmitteilungen (§ 194 Abs. 3 AO)	400
<b>6.</b>	<b>Zuständigkeit (§ 195 AO)</b>	<b>402</b>
<b>7.</b>	<b>Die Prüfungsanordnung und deren Bekanntgabe (§§ 196, 197 AO, 5 BpO)</b>	<b>403</b>



7.1	Allgemeines . . . . .	403
7.2	Inhalt der Prüfungsanordnung . . . . .	404
7.2.1	Prüfungssubjekt als Inhaltsadressat . . . . .	404
7.2.2	Begründung . . . . .	405
7.2.3	Rechtsbehelf/Korrektur . . . . .	406
7.2.4	Folgen fehlerhafter bzw. fehlender Prüfungsanordnung – Verwertungsverbot . . . . .	406
7.3	Schriftliche Bekanntgabe der Prüfungsanordnung (§ 197 AO) . . . . .	407
7.3.1	Empfänger . . . . .	408
7.3.2	Bekanntgabeadressat . . . . .	408
7.3.3	Fallgestaltungen der Bekanntgabe bei Prüfungsanordnungen . . . . .	408
7.3.3.1	Eheleute/Lebenspartner . . . . .	408
7.3.3.2	Juristische Personen und Handelsgesellschaften . . . . .	409
7.3.3.3	Personengesellschaften (Gemeinschaften z.B. GbR) . . . . .	409
7.3.3.4	Gesamtrechts- bzw. Einzelrechtsnachfolge . . . . .	409
7.3.4	Verlegung des Prüfungsbeginns . . . . .	410
7.3.5	Muster einer Prüfungsanordnung (ab 2014) . . . . .	410
<b>8.</b>	<b>Durchführung der Prüfung . . . . .</b>	<b>413</b>
8.1	Ausweispflicht (§ 198 S. 1 AO) . . . . .	413
8.2	Beginn der Außenprüfung (§ 198 S. 2 AO) . . . . .	413
8.3	Prüfungsgrundsätze (§ 199 AO) . . . . .	413
8.3.1	Einzelprüfungsmethoden . . . . .	414
8.3.2	Verprobungsmethoden . . . . .	414
8.3.3	Weitere Methoden . . . . .	415
8.4	Unterrichtung des Steuerpflichtigen (§ 199 Abs. 2 AO) . . . . .	415
<b>9.</b>	<b>Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen (§ 200 AO, § 8 BpO) . . . . .</b>	<b>416</b>
9.1	Allgemeines . . . . .	416
9.2	Einzelne Mitwirkungspflichten bzw. -rechte . . . . .	416
9.2.1	Erteilung von Auskünften, Vorlage von Büchern, Aufzeichnungen und anderen Unterlagen (§ 200 Abs. 1 S. 2–4 AO) . . . . .	416
9.2.2	Unterstützung nach § 147 Abs. 6 AO beim Datenzugriff . . . . .	416
9.2.3	Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflichten . . . . .	417
9.2.4	Verzögerungsgeld . . . . .	418
9.2.5	Mitwirkungsverweigerungsrechte . . . . .	418
<b>10.</b>	<b>Ort der Außenprüfung (§ 200 Abs. 2 AO, § 6 BpO) . . . . .</b>	<b>418</b>
<b>11.</b>	<b>Zeit der Prüfung und Betriebsbesichtigung (§ 200 Abs. 3 AO) . . . . .</b>	<b>419</b>
<b>12.</b>	<b>Die Schlussbesprechung (§ 201 AO) . . . . .</b>	<b>419</b>
12.1	Tatsächliche Verständigung . . . . .	421
12.2	Strafrechtliche Aspekte . . . . .	422
<b>13.</b>	<b>Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts (§ 202 AO) . . . . .</b>	<b>422</b>
13.1	Inhalt des Prüfungsberichtes (§ 202 Abs. 1 S. 2 AO) . . . . .	423
13.2	Mitteilung (§ 202 Abs. 1 S. 3 AO) . . . . .	423
13.3	Übersendung des Prüfungsberichtes und Stellungnahme (§ 202 Abs. 2 AO) . . . . .	424
<b>14.</b>	<b>Abgekürzte Außenprüfung (§ 203 AO) . . . . .</b>	<b>424</b>
14.1	Allgemeines . . . . .	424
14.2	Durchführung der abgekürzten Außenprüfung . . . . .	424
14.3	Unterrichtung des Steuerpflichtigen und Hinweis (§ 203 Abs. 2 AO) . . . . .	425
14.4	Rechtsfolgen . . . . .	425
<b>15.</b>	<b>Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte (§ 203a AO) . . . . .</b>	<b>425</b>

<b>16. Umsatzsteuersonderprüfungen</b>	<b>426</b>
<b>17. Umsatzsteuernachschau (§ 27b UStG)</b>	<b>427</b>
<b>18. Verbindliche Zusagen aufgrund einer Außenprüfung (§§ 204 bis 207 AO)</b>	<b>427</b>
18.1 Allgemeines	427
18.2 Voraussetzungen der verbindlichen Zusage (§ 204 AO)	428
18.2.1 Anschluss an die Außenprüfung	428
18.2.2 Antrag	428
18.2.3 „Zusage“-Interesse	429
18.3 Form (§ 205 AO) und Bindungswirkung (§ 206 AO) der verbindlichen Zusage	429
18.4 Außerkrafttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage (§ 207 AO)	430
<b>X. Steuerstrafrecht, Steuerordnungswidrigkeitenrecht</b>	<b>431</b>
<b>1. Rechtsgrundlagen des Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrechts</b>	<b>431</b>
<b>2. Voraussetzungen der Strafbarkeit</b>	<b>431</b>
<b>3. Objektiver Tatbestand</b>	<b>431</b>
3.1 Tathandlung	431
3.1.1 Andere Behörden	431
3.1.2 Unrichtige Angaben	432
3.1.3 Unvollständige Angaben	432
3.1.4 Steuerlich erhebliche Tatsachen	432
3.2 Unterlassen	433
3.2.1 In Unkenntnis lassen	433
3.2.2 Pflichtwidrigkeit	433
3.3 Taterfolg	434
3.3.1 Steuerverkürzung	435
3.3.2 § 370 Abs. 4 S. 3 AO, Kompensationsverbot	435
3.4 Kausalität	436
3.5 Steuerhehlerei	436
<b>4. Subjektiver Tatbestand</b>	<b>436</b>
4.1 Dolus directus 1. Grades, Absicht	437
4.2 Dolus directus 2. Grades, direkter Vorsatz	437
4.3 Dolus eventualis, bedingter Vorsatz	437
<b>5. Rechtswidrigkeit</b>	<b>437</b>
<b>6. Schuld</b>	<b>437</b>
<b>7. Täterschaft, Teilnahme</b>	<b>438</b>
7.1 Täterschaft	438
7.2 Teilnahme	439
7.2.1 Anstiftung	439
7.2.2 Beihilfe	440
<b>8. Strafausschließungsgründe</b>	<b>440</b>
8.1 Verjährung	440
8.2 Selbstanzeige	441
8.2.1 Anforderungen an die Berichtigungserklärung	441
8.2.2 Sperrwirkung	442
8.2.2.1 Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO	442
8.2.2.2 Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1b AO	443
8.2.2.3 Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 1c-e AO	443

8.2.2.4	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 2 AO . . . . .	443
8.2.2.5	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 3 AO . . . . .	443
8.2.2.6	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2 Nr. 4 AO . . . . .	444
8.2.2.7	Ausschlussgrund gem. § 371 Abs. 2a AO . . . . .	444
8.2.3	§ 371 Abs. 3 AO: Nachzahlung der hinterzogenen Steuer . . . . .	444
<b>9.</b>	<b>Versuchte Steuerhinterziehung . . . . .</b>	<b>445</b>
<b>10.</b>	<b>Ablauf des Steuerstrafverfahrens . . . . .</b>	<b>446</b>
10.1	Verfahrenseinleitung . . . . .	446
10.2	Folgen der Verfahrenseinleitung . . . . .	446
10.3	Strafprozessuale Maßnahmen . . . . .	446
<b>11.</b>	<b>Bestrafung . . . . .</b>	<b>447</b>
<b>12.</b>	<b>Steuerordnungswidrigkeiten . . . . .</b>	<b>447</b>
12.1	§ 378 AO: Leichtfertige Steuerverkürzung . . . . .	447
12.2	§ 380 AO: Nichteinbehaltung und Abführung von Steuerabzugsbeträgen . . . . .	448
12.3	§ 26b UStG: Schädigung des Umsatzsteueraufkommens . . . . .	448
<b>XI.</b>	<b>Lösungen zu den Fällen . . . . .</b>	<b>449</b>
1.	Lösung zu Teil A Kap. I. 2. . . . .	449
2.	Lösungen zu Teil A Kap. III. 3. . . . .	449
3.	Lösungen zu Teil A Kap. V. . . . .	449
4.	Lösungen zu Teil A Kap. II. 3. . . . .	451
<b>B.</b>	<b>Finanzgerichtsordnung/FGO . . . . .</b>	<b>455</b>
<b>I.</b>	<b>Grundsätze . . . . .</b>	<b>455</b>
1.	Stellung der Finanzgerichtsbarkeit im deutschen Gerichtssystem . . . . .	455
2.	Unterschied zwischen Berufung und Revision . . . . .	456
3.	Unterschied zwischen Zivilprozess und Finanzgerichtsverfahren . . . . .	456
4.	Aufbau der FGO . . . . .	456
<b>II.</b>	<b>Die Gerichte . . . . .</b>	<b>456</b>
1.	Finanzgerichte . . . . .	456
2.	Bundesfinanzhof . . . . .	457
3.	Großer Senat . . . . .	457
3.1	Divergenzanrufung . . . . .	457
3.2	Grundsatzanrufung . . . . .	458
3.3	Entscheidungen des Großen Senats . . . . .	458
4.	Spruchkörper im finanzgerichtlichen Verfahren . . . . .	458
4.1	Bundesfinanzhof . . . . .	458
4.2	Finanzgerichte . . . . .	458
4.2.1	Übertragung auf den Berichterstatter als Einzelrichter . . . . .	458
4.2.2	Entscheidung durch mehrere Richter . . . . .	460
<b>III.</b>	<b>Grundsätze des finanzgerichtlichen Verfahrens . . . . .</b>	<b>461</b>
1.	Dispositionsmaxime . . . . .	461
2.	Beschleunigungsgrundsatz . . . . .	462
3.	Grundsatz der Mündlichkeit . . . . .	462
4.	Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	462

5.	Grundsatz der Öffentlichkeit .....	462
IV.	Verfahrensbeteiligte im finanzgerichtlichen Verfahren. ....	463
1.	Kläger .....	463
2.	Beklagter .....	463
3.	Beigeladene .....	464
4.	Beitretende Behörde. ....	464
V.	Klagearten in der FGO .....	464
1.	Anfechtungsklage gem. § 40 Abs. 1, 1. Alt. FGO. ....	464
2.	Verpflichtungsklage (§ 40 Abs. 1, 2. Alt. FGO) .....	465
3.	Leistungsklage (§ 40 Abs. 1, 3. Alt. FGO) .....	465
4.	Feststellungsklage (§ 41 Abs. 1 FGO) .....	465
5.	Sprungklage (§ 45 FGO) .....	465
6.	Untätigkeitsklage (§ 46 FGO) .....	466
VI.	Das Finanzgerichtliche Verfahren .....	466
1.	Zulässigkeit der Klage .....	466
1.1	Finanzrechtsweg .....	466
1.2	Zuständigkeit .....	466
1.2.1	Sachliche Zuständigkeit .....	466
1.2.2	Örtliche Zuständigkeit .....	467
1.3	Folge bei falschem Rechtsweg und Unzuständigkeit .....	467
1.4	Zulässigkeit der Klageart. ....	467
1.5	Klagebefugnis .....	467
1.5.1	Anfechtungsklage. ....	467
1.5.2	Verpflichtungsklage .....	467
1.5.3	Allgemeine Leistungsklage .....	467
1.5.4	Feststellungsklage. ....	468
1.5.5	Beschränkte Anfechtung von Änderungs- und Folgebescheiden. ....	468
1.5.6	Klagebefugnis bei gesonderten und einheitlichen Feststellungen .....	468
1.5.7	Fristsetzung nach § 79b Abs. 1 S. 1 FGO .....	468
1.6	Durchführung des außergerichtlichen Vorverfahrens. ....	468
1.7	Klagefrist .....	468
1.8	Kein Klageverzicht .....	468
1.9	Beteiligtenfähigkeit .....	469
1.10	Prozessfähigkeit, Postulationsfähigkeit. ....	469
1.11	Form und Inhalt der Klage .....	469
1.12	Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit .....	469
1.13	Fehlen der Rechtskraft .....	469
2.	Muster einer Klage. ....	469
3.	Wirkungen der Rechtshängigkeit. ....	470
3.1	Fixierung des Klagegegenstandes .....	470
3.2	Aussetzung der Vollziehung .....	471
4.	Verlauf des finanzgerichtlichen Verfahrens .....	471
4.1	Vorbereitendes Verfahren .....	471
4.2	Die mündliche Verhandlung .....	472
4.3	Einstweilige Anordnungen .....	472

4.4	Beschlüsse . . . . .	472
4.5	Stillstand des Verfahrens . . . . .	473
4.5.1	Unterbrechung . . . . .	473
4.5.2	Ruhen des Verfahrens . . . . .	474
4.5.3	Aussetzung des Verfahrens . . . . .	474
<b>VII.</b>	<b>Verfahrensbeendigung . . . . .</b>	<b>474</b>
1.	Klagerücknahme . . . . .	474
2.	Erledigung der Hauptsache . . . . .	474
3.	Entscheidungen des Gerichts . . . . .	476
3.1	Urteile . . . . .	476
3.1.1	Begründete Klage bei Anfechtungsklagen . . . . .	478
3.1.2	Begründete Klage bei Verpflichtungsklagen . . . . .	478
3.1.3	Begründete Klage bei Ermessensentscheidungen . . . . .	478
3.2	Gerichtsbescheide (§ 90a FGO) . . . . .	478
<b>VIII.</b>	<b>Rechtsmittel . . . . .</b>	<b>479</b>
1.	Revision . . . . .	479
1.1	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO) . . . . .	480
1.2	Fortbildung des Rechts (§ 115 Abs. 2 Nr. 2, 1. Alt. FGO) . . . . .	480
1.3	Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung (§ 115 Abs. 2 Nr. 2, 2. Alt. FGO) . . . . .	480
1.4	Schwerwiegende Rechtsfehler . . . . .	480
1.5	Verfahrensrevision (§ 115 Abs. 2 Nr. 3 FGO) . . . . .	481
1.6	Einlegung der Revision . . . . .	481
2.	Beschwerde . . . . .	482
3.	Erinnerung . . . . .	482
4.	Anhörungsrüge . . . . .	482
5.	Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	482
<b>IX.</b>	<b>Kosten . . . . .</b>	<b>483</b>
1.	Arten der Kosten . . . . .	483
2.	Kostenpflicht . . . . .	484
<b>C.</b>	<b>Übungsklausuren . . . . .</b>	<b>486</b>
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>487</b>